

**Parlamentarier-Kommission
Bodensee**

Protokoll

der 26. Sitzung vom Freitag, 27. Oktober 2006, 10.00 Uhr,

Säntis, Saal Panorama-Restaurant

Beginn: 10 15 Uhr

Schluss: 12. 00 Uhr

Tagesordnung

- TOP 1 Begrüssung, Eröffnung
- TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3 Kurzbericht über die Aktivitäten der IBK
- TOP 4 Kurzbericht über die Arbeit des Bodenseerates
- TOP 5 Organisation der Kommission / Verfahrensregeln
- TOP 6 Leitbild / Stand der Arbeiten/ Information
- TOP 7 Klimaschutz
- TOP 8 Termine 2007; Durchführung in Bayern
- TOP 9 Verschiedenes

Teilnehmer

Baden-Württemberg:	Straub Peter, Präsident des Landtags Zeller Norbert, MdL
Bayern:	Lück Heidi, MdL Pschierer Franz, MdL Heckel Monika, Mitarbeiterin im Bayerischen Landtag Stamm Mathilde, Mitarbeiterin im Bayerischen Landtag
Fürstentum Liechtenstein:	Wanger Klaus, Landtagspräsident Klein Ivo, Landtagsvizepräsident Matt Andrea, Landtagsabgeordnete
Vorarlberg:	Halder Gebhard, Landtagspräsident Dr. Mennel Bernadette, Landtagsvizepräsidentin
Zürich:	Attenhofer Hartmuth, Präsident des Kantonsrates Moor- Schwarz Ursula, 1. Vizepräsidentin des Kantonsrates Thalmann-Meyer, Regula, 2. Vizepräsidentin des Kantonsrates
Schaffhausen:	Freivogel Matthias, 1. Vizepräsident des Kantonsrates Dr. Joos Eduard, Kantonsrat Gysel Charles, Kantonsrat Fratini Erna, Kantonsratssekretärin Dr. Dubach Reto, Staatsschreiber (Vertreter der IBK)
Appenzell Innerrhoden:	Bischofberger Emil, Präsident des Grossen Rates Eberle Ruedi, Grossrat Breitenmoser Franz, Ratschreiber
St.Gallen:	Meier Paul, Kantonsratspräsident Moeckli Silvano, Kantonsrat Frei Hans, Kantonsrat Götte Michael, Kantonsrat Hauser Sarah, Mitarbeiterin Aussenbeziehungen Staatskanzlei
Thurgau:	Bruggmann Renate, Präsidentin des Grossen Rates Brunner Max, Grossratsmitglied Vögeli Max, a. Grossratspräsident Dr. Oechslin Roger, Leiter Parlamentsdienst

Appenzell Ausserrhoden:	Dörig-Kramis Regina, Kantonsratspräsidentin Sturzenegger Arthur, Kantonsratsvizepräsident Birchler Martin, Ratschreiber Lauchenauser Vreni, Mitarbeiterin Kantonskanzlei, Protokoll
Bodenseerat:	Dr. Robert Maus, Landrat i.R., Vizepräsident des Bodenseerates
Referenten:	Kunz Hansruedi, Leiter Energie im AWEL Zürich Bruderer Hans, Leiter Amt für Umwelt
Geschäftsstelle IBK:	Gossner Thomas, Geschäftsführer

1. Begrüssung, Eröffnung

Die Vorsitzende Regina Dörig-Kramis (Kantonsratspräsidentin Appenzell Ausserrhoden) begrüsst die Anwesenden in Appenzell Ausserrhoden. Sie freut sich, dass so viele Kommissionsmitglieder daran teilnehmen, und dass dieses Treffen bei so gutem Wetter auf dem Säntis stattfinden kann. Mit einem kurzen DVD-Film stellt sie das Appenzellerland und seine Traditionen vor.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form gutgeheissen. Das Protokoll der 25. Sitzung vom 31. März 2006 in Appenzell wird ohne Bemerkungen genehmigt.

3. Kurzbericht über die Aktivitäten der IBK

Reto Dubach (Staatsschreiber von Schaffhausen und Vertreter der IBK) orientiert über die aktuellen Begebenheiten der IBK. An der gestrigen Sitzung des Ständigen Ausschusses konnten einige Ergebnisse erzielt werden. Über INTERREG IIIA werden die Anwesenden durch Thomas Gossner (Geschäftsführer der IBK) und über das weitere Vorgehen zur Weiterentwicklung des Bodenseeleitbildes durch Martin Birchler (Ratschreiber von Appenzell Ausserrhoden) orientiert.

Wie weiter mit der Bodensee Agenda 21? Die Fortführung der Themen Unternehmen 21 und Jugendgipfel wurden vom Ständigen Ausschuss beschlossen. Darüber hinaus ist die Unter-

stützung einer nachhaltigen Entwicklung der Bodenseeregion in der jetzigen Form befürwortet worden. Das Thema soll als Querschnittsaufgabe stärker in die bestehende Struktur integriert werden.

In der am Institut für Öffentliche Dienstleistung und Tourismus an der Universität St. Gallen durchgeführten Evaluation wurden Umfragen und Auswertungen für eine nachhaltige Entwicklung durchgeführt. Die Bilanz fällt mehrheitlich positiv aus. Für die Fortführung der Bodensee Agenda 21 wird vorgeschlagen, die Umsetzungsstrukturen weiter zu optimieren und bereits vorhandene Organisationseinheiten zu nutzen. Die inhaltliche Steuerung und Schwerpunktsetzung soll durch eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe erfolgen. Die Geschäftsstelle der IBK könnte die organisatorischen Aufgaben übernehmen und die inhaltlichen Themen auf Arbeitsgruppen verlagern. Dadurch können Strukturen gestrafft werden.

Das Projekt Unternehmen 21 soll als Label „Ort nachhaltiger Entwicklung“ ausgebaut werden. Das Label erhalten alle Gemeinden, die das Instrument in der bisherigen Form durchlaufen.

Ein weiteres Thema ist die Jugend. Agenda 21 hat sich vermehrt diesem Thema zugewendet. Unter dem Titel „Jugend begegnet Politik“ wird der bestehende Dialogprozess fortgesetzt und ein weiterer Jugendgipfel veranstaltet. Im bisherigen Jugendprogramm haben sich folgende Massnahmen und Aktionen bewährt:

Ein Kinderbuch zum Thema nachhaltige Entwicklung, Jugentage zu interessanten Themen wie Jugendenergietag, Wettbewerbe in Jugendfilm und Jugendband sowie die Kooperation EURES und der Ausbau des Jugendportals zu Ausbildung, Praktikas und Jobs.

Im Rahmen des Austauschprogramms wird unter dem Titel „Menschen bewegen – über die Grenzen schauen“ ein weiteres Projekt vorgeschlagen. Damit soll die regionale Kommunikation verbessert werden. Wichtig ist eine Form, die die Menschen zu wichtigen regionalen Themen grenzüberschreitend miteinander ins Gespräch bringt. Die Bodensee Agenda 21 könnte eine Klammerfunktion für zukunftsbezogene Projekte und eine breite Wertediskussion wahrnehmen.

Am 20. Juli 2006 fand auf der Insel Mainau eine Veranstaltung statt, an der 28 tourismusnahe Personen von allen Bodenseeanrainergebieten in Gruppen an folgenden Fragen arbeiteten:

- Welches ist der aktuelle Zustand des Tourismus im Bodenseeraum?
- Welche Herausforderungen stehen bevor?
- Welche Entwicklungsszenarien sind zu erwarten und welches sind die Anforderungen an die Tourismuspolitik am Bodensee?

Ein Bericht ist in Bearbeitung. Ziel der Int. Bodensee Tourismus (IBT) ist es, neben einer moralischen auch eine regelmässige finanzielle Unterstützung durch die IBK zu erhalten.

Am 15. September 2006 fand in Friedrichshafen ein Symposium zum Thema „Mobilität in der Euregio Bodensee: Auf dem Wege zu leistungsfähigen Verkehrslösungen?“ statt. Vertreter aus der Praxis und Hochschulen haben sich dieser Thematik angenommen. Es wurde deutlich, dass die verkehrliche Infrastruktur und Mobilität im Bodenseeraum umrissen werden kann, dass aber Defizite in der Umsetzung bestehen.

Der Ständige Ausschuss nimmt davon Kenntnis, dass durch die Föderalismusreform in einzelnen Ländern Bundesmittel wegfallen. Diese Lücken sollen durch andere Finanzmittel geschlossen werden. Dies soll keine Stilllegungen von Strecken zur Folge haben, da der Nah- und Regionalverkehr davon sehr betroffen ist.

Weiter wird auf den Grundlagenbericht der Firma Emch + Berger betreffend Emissionen – Immissionen – Massnahmen mit dem Titel „Belastung Feinstaub im Bodenseeraum“ hingewiesen. In der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein sind Massnahmen zur Beseitigung der übermässigen Belastungen nötig. Im EU-Raum sind Massnahmen in strassennahen Regionen erforderlich. Die Beschränkung von sekundären Partikeln muss nachhaltig gefördert werden. Der Bericht stellt eine gute Grundlage für künftige Massnahmen bei Grenzwertüberschreitungen dar.

Das neue INTERREG IV Programm geht mit einer Steigerung von 25 % gegenüber dem jetzigen Programm in den Jahren 2007 bis 2013 in eine neue Laufzeit. Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kann mit einem Fördervolumen von 23.8 Mio. Euro, aus der Schweiz mit 3.8 Mio. Franken, gerechnet werden.

Das bisherige Programmgebiet erfährt in Bayern eine Erweiterung um den Landkreis Unterallgäu und die kreisfreie Stadt Memmingen. Ein Programmentwurf wurde in Brüssel eingereicht.

Internationale Gartenausstellung 2017: Die IBK wurde zu diesem Thema informiert und der verstärkte Einbezug der Parlamentarier ist von Seiten der Arbeitsgemeinschaft IGA erwünscht.

Die Vorsitzende bedankt sich für die verschiedenen Ausführungen und gibt Gelegenheit für weitere Fragen.

Andrea Matt (Landtagsabgeordnete FL) erkundigt sich, ob die Möglichkeit besteht, den Bericht über die Feinstaubmassnahmen zu beziehen. Der Geschäftsführer der IBK Thomas Gossner erklärt, dass der 100-seitige Bericht auf Anfrage hin erhältlich ist. Er wird auch aufs Internet gestellt, und zwar unter www.bodenseekonferenz.org.

4. Kurzbericht über die Arbeit des Bodenseerates

Dr. Robert Maus (Vizepräsident des Bodenseerats) orientiert über folgende Themen:

Die *Kommission Medien* habe vor drei Jahren hier auf dem Säntis getagt und die Einrichtung eines privaten Bodensee-Senders besprochen. Dieser Sender soll alle privaten Sender miteinbeziehen. Es ist vorgesehen, ein tägliches Programm von einer halben Stunde zu realisieren. Zwei Prototypen wurden gestoppt, weil die Finanzierung noch nicht gesichert ist.

Im Bereich *Verkehr* bestehen viele Probleme, und es werden grosse Forderungen gestellt. Ein grosses Anliegen ist, dass die Autobahnen Schweiz Vorarlberg verknüpft wird. Weiter bestehen Probleme in der Stadt Bregenz betreffend Maut. Die Stadt möchte von diesen Abgaben befreit werden; ein diesbezüglicher Antrag ist in Wien hängig.

Weitere Schwerpunkte in Strassen- und Schienenverkehrsprojekten sind die Weiterführung der deutschen A 98 und die Verknüpfung der deutschen A 96 mit der schweizerischen N 4 und N 1 sowie der Ausbau der deutschen NEAT Zuläufe. Nach Auffassung des Bodenseerates sind nur Einzelprojekte sinnvoll und nicht eine Paketlösung, wie sie die Schweiz vorsieht (Flughafen, A98 ect.).

Hartmuth Attenhofer (Präsident des Kantonsrates Zürich) kontert, dass es einen politischen Vorstoss gibt, und dass viele Leute dieses Problem verfolgen.

Bei der Katamaran-Verbindung Konstanz-Friedrichshafen ist die finanzielle Tragbarkeit nicht nachgewiesen. Vorschläge bestehen nun, dass mehrere Katamarane eingesetzt werden. Diese Vorschläge werden ernsthaft geprüft.

Im Bereich Mikrotechnik wurde ein weiterer Schritt erzielt. Zusammen mit der Industrie- und Handelskammer wird ein Nanokompetenzzentrum Eurgio Bodensee in Konstanz gegründet. Die Kosten betragen 6.9 Mio. Euro. Ziel der IBK ist, das in St. Gallen stehende Zentrum zusammenzuführen und der IBH anzugliedern. Ein entsprechender Antrag ist in Stuttgart deponiert. Wenn der Bodenseerat diesem Antrag zustimmt, wird auch ein Gesuch an die Schweiz gerichtet.

Für Franz Pschierer (MdL Bayern) ist es wichtig, dass die Fachhochschule Kempten die bayrische Seite berücksichtigt.

Für die Zusammenführung der Fachhochschulen Dornbirn und Kempten liegt ein entsprechender Antrag bei der IBK.

Im nächsten Jahr muss sich der Bodenseerat neu formieren, da einige Mitglieder ausscheiden. Es werden neue Mitglieder gesucht.

5. Organisation der Kommission / Verfahrensregeln

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Kommission zuwenig wahrgenommen wird und die Organisation grundsätzlich diskutiert und allenfalls geändert werden muss.

Eduard Joos (Kantonsrat Schaffhausen) bedankt sich für die Organisation der Gipfelkonferenz und der Kanton Schaffhausen unterstütze solche Tagungen. Doch es sollten mehr Sachdiskussionen geführt werden. Für solche Diskussionen müssten die Teilnehmenden aber vorgängig Unterlagen erhalten. Es sollen Schwerpunkte gesetzt werden. Für grundlegende Diskussionen muss die nötige Zeit vorhanden sein. Er regt auch an, dass eine bessere personelle Konstanz angestrebt werden soll. Im Kantonsparlament Schaffhausen bestehe eine ständige Kommission für auswärtige Angelegenheiten, die jeweils drei Mitglieder aus den drei grössten Fraktionen an die parlamentarische Kommission abordne. So werden immer die gleichen Leute delegiert. Schlussendlich aber soll die gesellschaftliche Atmosphäre nicht unter der Arbeitslast leiden.

Norbert Zeller (MdL Baden-Württemberg) unterstützt diese Anliegen und nennt als gutes Beispiel den Oberrheinrat. Er stellt die Frage, ob man diese Vereinbarung auf ein stabileres Fundament stellen kann. Er schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Diese soll einiges an Ideen herausfiltern, damit die Arbeit effektiver gestaltet werden kann.

Gebhard Halder (Landtagspräsident Vorarlberg) unterstützt den Vorschlag der Bildung einer Arbeitsgruppe. Der Sprechende sieht allerdings die Schwierigkeit darin, die Ergebnisse der Diskussionen innerhalb der Kommission auf parlamentarischer Ebene umzusetzen: Dies ist als Auftrag so nicht möglich – die Ergebnisse könnte man eher "einfließen" lassen.

Silvano Moeckli (Kantonsrat St. Gallen) unterstützt die Bildung einer Arbeitsgruppe ebenfalls und nennt einige Punkte, die innerhalb einer solchen Arbeitsgruppe untersucht werden könnten: Personelle Kontinuität, bessere Sichtbarkeit der PKB, inhaltliche Koordination der Parlamente, oder auch eine gewisse Obergewaltsfunktion oder Kontrollfunktion. Zudem müssen die Interessen der Parlamente gewahrt werden. Er ist der Auffassung, dass die bestehenden Strukturen überprüft werden müssen. Er bedenkt jedoch, dass Beschlüsse der Parlamentarier-Kommission nicht umgesetzt und keine Aufträge erteilt werden können.

Charles Gysel (Kantonsrat Schaffhausen) ist seit langer Zeit in dieser Kommission dabei und der Auffassung, dass diese Zusammensetzung verfahrensregelkonform ist. Ausnahmen können zugelassen werden. Sollten die Verfahrensregeln mit der Tatsache nicht ganz übereinstimmen, sollte dies geändert werden. Das Verhältnis zum Bodenseerat soll geklärt werden. Ein weiterer Punkt ist beispielsweise die vielen Wechsel der Mitglieder in der Kommission aus den Schweizer Kantonen.

Hartmuth Attenhofer (Präsident des Kantonsrates Zürich) ist der Meinung, dass die parlamentarische Aufsicht sehr wichtig ist und darüber eine Strukturdiskussion geführt werden muss. Die Arbeitsgruppe soll dies klären.

Heidi Lück (MdL Bayern); Bayern wird im nächsten Jahr als Vorsitzende der Kommission Vorschläge für eine Revision vorlegen.

Für Matthias Freivogel (1. Vizepräsident des Kantonsrates Schaffhausen) ist Kritik zulässig. Es soll versucht werden, das umzusetzen, was hier vorgefunden wurde. Dafür soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden.

Peter Straub (Präsident des Landtags Baden-Württemberg) weist darauf hin, dass die Änderungen der Verfahrensregeln vom 6. April 2001 mitberücksichtigt werden und als Grundlage für die Diskussion dienen sollen.

Norbert Zeller (MdL Baden-Württemberg) erkundigt sich, wer die Arbeitsgruppe organisiert und einlädt? Er ist der Auffassung, dass der Oberrheinrat als Idee aufgegriffen werden könnte.

Reto Dubach (Staatsschreiber Schaffhausen, Vertreter der IBK) regt an, dass das Verhältnis zur IBK geklärt werden soll. Die Freiheit sowie die Aufsichtsfunktion der Parlamentarier-Kommission war bereits 2001 ein Thema. Das Gespräch soll rechtzeitig gesucht werden. Auch die staatsrechtliche Problematik sei zu studieren.

Es gibt keine Detaildiskussionen und das Plenum beschliesst die Bildung einer Arbeitsgruppe.

Die Vorsitzende Regina Dörig-Kramis schlägt für die Arbeitsgruppe 5 – 7 Mitglieder vor.

Es werden folgende Mitglieder bestimmt:

Vorsitz Bayern
Norbert Zeller, Baden-Württemberg
Silvano Moeckli, St. Gallen
Charles Gysel, Schaffhausen
Andrea Matt, Fürstentum Liechtenstein

6. Leitbild / Stand der Arbeiten/ Information

Martin Birchler (Ratschreiber von Appenzell Ausserrhoden) erläutert das weitere Vorgehen im Prozess zur Weiterentwicklung des Bodenseeleitbildes der IBK. Im September 2006 hat ein Workshop stattgefunden, in dem die Prämissen festgelegt wurden. Die Frage der politischen als auch der sachlichen Vertretung ist heikel. Wo werden die Grenzen gesetzt? Der

Ständige Ausschuss der IBK hat an der Sitzung vom Vortag der Einbindung der Parlamentarier-Kommission zugestimmt, nicht zuletzt auch aufgrund eines Schreibens der st.gallischen Mitglieder der PKB, das diese Einbindung forderte.

Das Plenum bestimmt die Vertretung in die Fokusgruppen. Diese sollen nach geografischen Gesichtspunkten und nicht des Landes oder des Kantons zugeteilt werden, und zwar 2 aus Deutschland, 2 aus der Schweiz, 1 aus Vorarlberg und 1 aus dem Fürstentum Liechtenstein. Nach kurzer Diskussion wird dieser Aufteilung zugestimmt.

Paul Meier (Kantonsratspräsident St. Gallen) erklärt, dass sich der Kanton St. Gallen gern bereit erklärt, in dieser Fokusgruppe mitzuwirken.

Renate Bruggmann (Präsidentin des Grossen Rates Thurgau) freut sich, dass die Parlamentarier-Kommission in die Arbeiten miteinbezogen wird. Der Kanton Thurgau möchte gern mitarbeiten.

Es interessiert, wie hoch die zeitliche Beanspruchung in dieser Fokusgruppe ist. Nach Auskunft des Geschäftsführers der IBK wird sich die Fokusgruppe bis zum Februar 2007 zu zwei Sitzungen treffen, wobei für eine Sitzung einen ganzen Tag aufgewendet werden muss.

Gebhard Halder (Landtagspräsident Vorarlberg) erkundigt sich, wie gross die Möglichkeit der die Parlamentarier-Kommission ist, Dinge einzubringen, da die IBK ausschliesslich aus Fachpersonen besteht.

Es herrscht klar die Meinung, dass es sehr wichtig ist, dass die Parlamentarier-Kommission Einsitz nimmt.

Hartmuth Attenhofer (Präsident des Kantonsrates Zürich) stellt fest, dass das Leitbild räumlich auf den Bodensee ausgerichtet ist. Deshalb verzichtet der Kanton Zürich auf eine Teilnahme. Sie möchten jedoch Zwischenberichte von der Konferenz erhalten.

Klaus Wanger (Landtagspräsident Fürstentum Liechtenstein). Fürstentum Liechtenstein verzichtet ebenfalls zugunsten anderer auf eine Teilnahme.

Die Parlamentarier-Kommission ist in den Fokusgruppen Leitbildrevision durch folgende Personen vertreten:

Baden-Württemberg:	Veronika Netzhammer
Bayern:	Eberhard Rotter
Vorarlberg:	Dr. Bernadette Mennel
St. Gallen:	Hans Frei
Thurgau:	Renate Bruggmann
Schaffhausen:	Dr. Eduard Joos

7. Klimaschutz

Hans Bruderer, Leiter Amt für Umwelt, Kanton Appenzell Ausserrhoden, und Hansruedi Kunz, Leiter Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, Kanton Zürich informieren in einem Referat über die Bilanz und Perspektiven zum Klimaschutz im Bodenseeraum (vgl. beiliegende Folien).

8. Termine 2007; Durchführung in Bayern

Bayern wird den Vorsitz übernehmen. Für das Jahr 2007 sind folgende Termine vorgesehen:

Frühjahrskonferenz: 23. März 2007

Herbstkonferenz: 26. Oktober 2007

Treffen mit den Präsidenten: 5. Dezember 2007

Für die Frühjahrssitzung sind folgende Themen vorgesehen:

Schwerpunkt-Thema: Leitbild IBK

Verfahrensregeln und Organisation.

Zu diesem Thema sollen den Kommissionsmitgliedern 14 Tage vor der Sitzung Vorschläge unterbreitet werden.

9. Verschiedenes

Keine Voten.

Die Vorsitzende schliesst die Sitzung mit dem Dank an das Säntis-Team und an die Kantonskanzlei für die Organisation.

Herisau, 4. Dezember 2006

Beilagen: Verfahrensregeln vom 19. März 1999 mit Änderungen vom 6. April 2001
Klimaschutz im Bodenseeraum